

### Der dritte Weg ins Zwielficht? Korruption in Tito-Jugoslawien

Buchenau, Klaus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Buchenau, K. (2015). Der dritte Weg ins Zwielficht? Korruption in Tito-Jugoslawien. *Südosteuropäische Hefte*, 4(1), 23-45. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-428140>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-SA Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-SA Licence (Attribution-NonCommercial-ShareAlike). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0>

Klaus Buchenau

## Der dritte Weg ins Zwielficht?

Korruption in Tito-Jugoslawien

### Abstract

*This article shows that corruption in socialist Yugoslavia was a specific phenomenon when compared to the inter-war period or to post-socialism. In contrast to liberalism, communist ideology did not support an understanding of corruption as a problem of its own but tended to see political and material "deviations" as originating from the same root – i.e. from a lack of political morale. The League of Communists failed to live up to its role as an educator of society, since it was trapped between declarative moral rigorism and the fact that material need and greed could be satisfied best by becoming a party member. Corruption practices often did not involve bribes but still fit into Transparency International's broad definition of corruption as the "the abuse of entrusted power for private gain", in particular for obtaining rare goods such as apartments, jobs or raw materials. While the anti-corruption discourse in socialist Yugoslavia was often linked to anti-bureaucratic, anti-elitist and sometimes to dogmatic communist stances, liberal remedies such as transparent and regular procedures were also discussed and applied, though less frequently. The article is based on archival sources from the League of Communists and other Yugoslav institutions. Since the research was centered on Serbia, the majority of concrete examples come from this republic.*

In den Nachfolgestaaten Jugoslawiens ist Korruption ein großes Thema. Oft wird es als Hindernis der „Europäisierung“ behandelt, Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung dagegen als Schritt auf dem Weg nach Europa. Bei diesem Diskurs ist die historische Seite bislang stiefmütterlich behandelt worden – entweder, weil man sich wenig für diese Dimension interessiert, oder durch extreme Vereinfachungen: Manchen Autoren gilt der Sozialismus als „Schule der Informalität“, wo die Umgehung formaler Prozeduren perfektioniert wurde, wo Misstrauen gegenüber dem Staat blühte, sich eine Kultur des verdeckten Handelns und des Parteiklientelismus entwickelte, wo nicht zuletzt ein ständiger Hunger nach Ressourcen herrschte, der auf legale Weise nicht zu befriedigen war.<sup>1</sup> Andere sehen im Sozialismus eher einen positiven Kontrast zu den chaotischen ersten Jahren des Postkommunismus und betonen, dass hier noch eine Ordnung und Regeln geherrscht hätten, die dann aber implodiert seien und so erst breiten Raum für alle Arten von Manipulationen geschaffen hätten, darunter auch für Korruption.<sup>2</sup> Sie konzentrieren sich auf Mechanismen im Postkommunismus selbst, wozu regelmäßig ein Macht- und Wertevakuum, wirtschaftliche Deprivation und im Falle Jugoslawiens auch Faktoren wie Warlord-Ökonomie und sanktionsbedingte Schmuggelwirtschaft kommen.

Was in beiden Richtungen ausgeblendet wird, ist die Frage nach der historischen Dimension des Themas an sich. Diese Frage ist hier keineswegs als Unterstellung gemeint: Hier soll keine *longue durée* der Korruption oder gar eine „typisch balkanische“ Korruption nachgewiesen werden, vielmehr geht es darum, vor dem Hintergrund eines allgemeinen und theo-

<sup>1</sup> So z.B. Olson, Mancur (2002): Macht und Wohlstand. Kommunistischen und kapitalistischen Diktaturen entwachsen. Tübingen: Mohr Siebeck.

<sup>2</sup> Z.B. Volkov, Vadim (2002): Violent entrepreneurs. The use of force in the making of Russian capitalism. Ithaca: Cornell University Press.

retischen Interesses zu zeigen, ob und wie sich Korruption im Laufe der Zeit wandelte – was die Praktiken, aber auch was das Verständnis von Korruption angeht. Die sozialistische Periode eignet sich hervorragend für dieses Erkenntnisziel, denn selten war ein Machtwechsel mit so tiefgreifenden Systemänderungen verbunden wie bei der Installation und Demontage der kommunistischen Regime. Gleichzeitig mussten selbst die Agenten radikalsten Wandels, wie es die neuen Machthaber 1945 oder auch 1989 waren, an bestimmte soziale Tatsachen anknüpfen, um ihre Herrschaft überhaupt konsolidieren zu können. Vor diesem Hintergrund versucht sich der vorliegende Beitrag an einer Skizze des Korruptionsproblems in Tito-Jugoslawien. Das Ganze ist als *work in progress* zu sehen, d.h. hier werden Ergebnisse einer Archivreise im Frühjahr 2014 vorgestellt. Diese Arbeit steht im Zusammenhang mit einem größeren Forschungsprojekt, einer historischen Langzeitstudie zur Geschichte der Korruption in Serbien. Daher liegt auch hier der Schwerpunkt auf Serbien, allerdings nicht nur: weil ich sowohl im *Arhiv Srbije* als auch im *Arhiv Jugoslavije* geforscht habe, kommen auch Beispiele von der Bundesebene und aus anderen jugoslawischen Republiken zur Sprache.

### Der sozialistische Korruptionsdiskurs

Auf der Ebene der Gesetzgebung verhielt sich Tito-Jugoslawien ähnlich wie westliche Staaten. Das heißt: Unser heutiges Verständnis von Korruption als „Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil“<sup>3</sup> fand zwar keine direkten Niederschlag in den Gesetzen des Landes. Es gab also keinen Straftatbestand der Korruption im engeren Sinne, in den Strafgesetzbüchern von 1952 oder 1976 kam das Wort nicht vor. Sozialistische Juristen gingen mit ihren westlich-liberalen Kollegen offenbar darin konform, dass das Wort Korruption schlichtweg zu unscharf war, um in den Kreis der juristischen Straftatbestände aufgenommen zu werden.

Stattdessen wurde, wie auch heute noch in den meisten nationalen Gesetzgebungen üblich, das Phänomen in unterschiedliche konkrete Praktiken „übersetzt“, die man dann explizit unter Strafe stellte. Dabei betrieb das Belgrader Justizministerium, welches allerdings 1953 aufgelöst und auf andere Ministerien verteilt wurde, auch systematische Rechtsvergleichung. Bei der Ausarbeitung des „Gesetzes über Straftaten gegen die Volkswirtschaft“ im Jahr 1946 stützte man sich nicht nur auf das sowjetische Vorbild, sondern zog auch Vorlagen aus den bürgerlichen Demokratien der Zwischenkriegszeit heran.<sup>4</sup> Das jugoslawische Strafgesetzbuch von 1952 kannte den Straftatbestand der passiven und der aktiven Bestechung (Artikel 325/326), der Veruntreuung (Artikel 322), der Vorteilsnahme (Artikel 314) und der Gesetzwidrigen Vermittlung (324). In all diesen Rechtskonstruktionen wurde davon ausgegangen, dass ein staatlicher Amtsträger sowohl formale Regeln gebrochen als auch einen Vorteil dafür kassiert hatte, so dass diese Straftatbestände eindeutig unter unser heutiges, maßgeblich von *Transparency international* geprägtes Korruptionsverständnis fallen. Hinzu kam ein Artikel über „ungewissenhafte Amtsführung“ (Art. 317). Im weiteren Sinne können auch solche Delikte hinzugezählt werden, die nicht notwendigerweise, aber auch von Staats-

---

<sup>3</sup> So die bekannte Definition von Transparency International. Online verfügbar unter <http://www.transparency.de/FAQ-haeufige-Fragen.1088.0.html>, zuletzt abgerufen am 04.02.2015.

<sup>4</sup> Nacrt za Zakon o krivičnim delima protiv narodne privrede, AJ 49-26.

beamten unter Ausnutzung anvertrauter Macht begangen werden konnten: Spekulation (Artikel 233), Diebstahl (249), Unterschlagung (254), Betrug (258), Erpressung (261).<sup>5</sup> Im föderalen Strafgesetzbuch von 1976 finden sich etwas andere, für Staatsdiener stärker differenzierte Kategorisierungen, gleich blieb aber das Prinzip der juristischen „Übersetzung“ von Korruption in konkrete Praktiken. Im Zentrum steht das „Annehmen von Schmiergeldern“ (Artikel 179), wozu jetzt expliziert wurde, dass der gewährte Vorteil zwar in der Regel materieller Art (Geld oder Geschenke) sei, aber auch anderer Art sein könne. Daneben wurden „Missbrauch der dienstlichen Stellung“ (Artikel 174), „Untreue im Dienst“ (175), „Betrug im Dienst“ (176), „Raub im Dienst“ (177), Zweckentfremdung im Dienst (*posluga u službi*, 178), gesetzwidrige Vermittlung (180), Gesetzesbruch durch den Richter (181), gesetzwidrige Einziehung und Auszahlung (185) unter Strafe gestellt.<sup>6</sup>

Es galt das Prinzip, dass Amtsmissbräuche aus persönlichem materiellem Interesse besonders schwer wogen. Dies wird etwa am „Gesetz über die Verteidigung des Volkseigentums und seine Verwaltung“ von 1945 deutlich. Für den verantwortungslosen Umgang mit diesem Eigentum waren 1-3 Jahre gewöhnliche Haft vorgesehen, für Veräußerung zum eigenen Vorteil 2-5 Jahre strenge Haft, für die Abtretung von Staatseigentum an Privatpersonen gegen ein Bestechungsgeld gar 2-6 Jahre strenge Haft.<sup>7</sup> Auch das „Gesetz über Straftaten gegen das Volkseigentum sowie das Eigentum von Genossenschaften und anderer gesellschaftlicher Organisationen“ von 1948 sah besonders harte Strafen für Fälle vor, in denen die Manipulationen aus Profitgier geschehen waren.<sup>8</sup> Das jugoslawische Justizministerium stand darüber hinaus auf dem Standpunkt, dass ein sozialistischer Staat das gesellschaftliche Eigentum besonders schützen müsse, weil dieses anders als im Kapitalismus die ökonomische Basis der gesamten Ordnung darstelle.<sup>9</sup>

Allerdings sollte man nicht bei der Feststellung juristischer Ähnlichkeiten zwischen Ost und West stehenbleiben – denn das Recht als solches hatte in sozialistischen Staaten eine ganz besondere Position. Es hatte nicht den Anspruch, wie in liberalen Systemen als Schiedsrichter über der Gesellschaft zu thronen und darauf zu achten, dass die aus gesellschaftlicher Pluralität entstehenden Konflikte regelkonform und friedlich gelöst werden.<sup>10</sup> Stattdessen saß das Recht in einer Zwitterstellung zwischen den ideologischen Zielen der Partei, die gleichzeitig auch Staatsziele waren, und den juristischen Traditionen im engeren Sinne, zum Beispiel Regelmäßigkeit und prozeduraler Korrektheit. Stärker als in liberalen Systemen war das Recht dem Primat der Politik untergeordnet.

So verstand sich das sozialistische Jugoslawien in erster Linie als Schauplatz revolutionärer Umgestaltung, nicht als Garant korrekter Prozeduren. Die idealtypische rationale Bürokratie Max Webers<sup>11</sup> fand im jugoslawischen Diskurs keine Unterstützung – dazu waren die

---

<sup>5</sup> Das jugoslawische Strafgesetzbuch vom 2. März 1951. In deutscher Übertragung mit einer Einführung von Dr. August Munda. Berlin 1952.

<sup>6</sup> Krivični zakon Socijalističke Federativne Jugoslavije. Zagreb 1982.

<sup>7</sup> Zakon o zaštiti narodnih dobara i njihovom upravljanju. In: Službeni list 1 (1945) 36, S. 296.

<sup>8</sup> Zakon o krivičnim delima protiv opštenarodne imovine i imovine zadružnih i drugih društvenih organizacija. In: Službeni list 4 (1948) 87, S. 1365–1366.

<sup>9</sup> Krivična dela protiv lične i privatne imovine (1946), S. 4 (AJ 49-26).

<sup>10</sup> von Halem, Friedrich (2003): Eine Skizze über Gesetz und Wertordnung in Ost und West: Von der Antike bis zur Moderne. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 7 (1), S. 15-51.

<sup>11</sup> Weber, Max (1922): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: Mohr, S. 650–678.

Worte „Bürokratie“ (*birokratija*) und „Beamter“ (*činovnik*) viel zu negativ besetzt. Beamtenstand und Standesehre, die im Diskurs in und über Preußen so sehr als Heilmittel gegen Korruption gepriesen worden sind,<sup>12</sup> assoziierte man mit Verstößen gegen die Gleichheit und Rückkehr des Klassenfeindes, nicht mit Ethos und Professionalisierung. *Birokratija* und *činovnik* (von slaw. *čin*, hier in der Bedeutung „Rang“) klangen nach Hierarchie, Trennung vom Volk, Arroganz und ungerechten Privilegien. Das war zwar bereits im ersten Jugoslawien latent so gewesen, aber eben nur latent – insbesondere *činovnik* wurde in den Zeitungen der Zwischenkriegszeit oft ganz neutral verwendet, nicht als Schimpfwort.<sup>13</sup> Im kommunistischen Diskurs sprach man dagegen von Regierungs- oder Verwaltungsorganen (*organi vlasti/uprave*) sowie von *službenici* (von *služba* = Dienst), was sowohl Angestellter als auch Beamter bedeuten kann und den Unterschied zwischen beiden Kategorien verwischt. Typisch für die Differenzierungsfeindschaft ist etwa eine Äußerung des führenden montenegrinischen Kommunisten Veljko Zeković (1906-1985), der 1959 auf einer Sitzung der ZK-Kommission für Kaderpolitik äußerte:

„Ich denke, unsere politischen Organisationen sollten sich auf jede Weise bemühen, unsere *službenici*, die heute die Gesetze ausführen, tiefer in unser gesellschaftlich-politisches System hinein zu holen und dafür zu sorgen, dass sie weniger zum *činovnik* werden, wie es mit manchen Leuten passiert, oft ohne eigene Schuld.“<sup>14</sup>

Außerdem galt ein korrupter Staatsdiener zwar als Feind, aber nicht als größter Feind. Dass diese Stellung letztlich den politischen Gegnern des jugoslawischen sozialistischen Projekts vorbehalten war, sieht man etwa am Umgang mit Spekulation einerseits und Sabotage andererseits. Nach einer kurzen Phase unterschiedslos harter Strafverfolgung<sup>15</sup> begann man 1946, strafrechtlich zwischen profitorientierter Spekulation und politisch orientierter Sabotage zu unterscheiden; nur für letztere durfte auch in Friedenszeiten die Todesstrafe verhängt werden.<sup>16</sup>

Aus dem Vorrang der Gemeinschaft vor dem Einzelnen, aber auch aus dem revolutionären Asketismus ergab sich eine negative Wertung der Korruption; diese negative Wertung konnte, wenn auch eher verdeckt, auf die Tradition der neuzeitlichen Staatlichkeit zurückgreifen, die überall in Europa versuchte, allgemein verbindliche Vorstellungen von korrektem Amtsgebaren durchzusetzen und Bereicherung im Dienst äußerst kritisch sah. Allerdings gab es im sozialistischen Jugoslawien auch starke Motive, die Problematik herunterzuspielen. Zum einen wertete man Korruption wie alle anderen gesellschaftlichen Probleme als Erbe der Vergangenheit, welches auf dem Weg in die perfekte sozialistische Gesellschaft verschwinden würde. Gesellschaftliche Kritik, die sich mit diesen Versprechungen nicht zufrieden gab, wurde gefiltert, so dass sich ein wirklich freier Korruptionsdiskurs nicht entwi-

---

<sup>12</sup> An diesem Bild, welches nicht zuletzt von der Bielefelder sozialhistorischen Schule geprägt wurde, haben kulturhistorisch orientierte Nachwuchsforscher im letzten Jahrzehnt allerdings erheblich gekratzt. Vgl. etwa Wagner, Patrick (2005): *Bauern, Junker und Beamte. Lokale Herrschaft und Partizipation im Ostelbien des 19. Jahrhunderts*. Göttingen: Wallstein-Verlag.

<sup>13</sup> Sogar positive Konnotationen waren möglich: In einem Leserbrief an die *Niške novine* vom 26.2.1933 heißt es zum Beispiel: „Der *Činovnik* muss von seinen moralischen Eigenschaften her ein Vorbild für die anderen sein.“

<sup>14</sup> Stenografske beleške sa sastanka Komisije za kadrove CK SKJ, 29.06.1959, S. 4 (AJ 507-XIII-7/4).

<sup>15</sup> Zakon o suzbijanju nedopuštene spekulacije i privredne sabotaže. In: *Službeni list* 1 (1945) 26, § 3 und 4.

<sup>16</sup> Zakon o suzbijanju nedopuštene trgovine, nedopuštene spekulacije i privredne sabotaže. In: *Službeni list* 2 (1946) 56, § 4 und 6.

ckeln konnte – wengleich Kritik an Machtmissbräuchen hoher Parteifunktionäre etwa bei der Studentenbewegung von 1968 durchaus eine Rolle spielte.<sup>17</sup> Vor allem aber wirkte sich der Primat von Ideologie und Politik so aus, dass das Problem ideologisch-politisch ausge-deutet und in Begriffe gepresst wurde, welche die Korruption untrennbar mit anderen Abweichungen von der kommunistischen Ideallinie verquickten. Dies lässt sich besonders gut an den Akten des Zentralkomitees nachverfolgen, insbesondere der Kommissionen für Ideologie und für Kaderentwicklung. Hier war kaum die Rede von Korruption, stattdessen wurde das Problem unter nebligen Begriffen wie „Deformation“, „Deviation“, „negative Erscheinungen“ abgehandelt.<sup>18</sup> Diese Termini fassten alles zusammen, was als Illoyalität gegenüber der Partei, als Abkommen vom rechten Weg begriffen wurde – „falsche“ politische Auffassungen, Differenzen zwischen Reden und Handeln, „unkommunistische“ private Lebensweisen, materielle Gier und nicht zuletzt Amtsmissbräuche. Für eine Arbeitsgruppe des Bundes der Kommunisten Serbiens stellte sich das Problem 1978 beispielsweise so dar:

„1971 und vor allem 1972 kam es als Folge des Vordringens des Liberalismus in den Bund der Kommunisten Serbiens und vor allem in seine Führung zu immer massiveren Erscheinungen des Technobürokratismus und managerhafter Beziehungen, zu immer größeren Transfers und Entfremdungen von Erträgen aus der unmittelbaren Produktion in die Sphären von Handel, Banken und Institutionen. Es wurden günstige Bedingungen für die unkontrollierte Verwendung großer Ressourcen durch kleine Gruppen und Individuen geschaffen, die sich oft, auf unterschiedlicher Grundlage, vor allem aber mittels entfremdeter Vertretungen und Individuen zweifelhafter Vergangenheit mit ausländischen, politisch wie ökonomisch zweifelhaften Firmen verbanden. Es gab einen begründeten Verdacht, dass jugoslawisches Kapital ungesetzlich ins Ausland transferiert worden war, wobei die Motive auch breiterer politischer Natur waren: die Unterminierung der ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft und die Kompromittierung der Selbstverwaltung. Bei diesem Projekt fanden Technokraten, Liberale, Informbüro-Anhänger, die auf dem IV Plenum unterlegenen Kräfte, Überbleibsel des Klassenfeindes, politische Emigranten usw. ein gemeinsames Interesse.“<sup>19</sup>

Die verwaschene Begriffswelt, in der Gesetzesbrüche, politische und moralische Vorwürfe zusammenkamen, machte aus Wirtschaftskriminellen politische Feinde und aus politischen Feinden Wirtschaftskriminelle. Das war einerseits spezifisch kommunistisch, gerade auch im Vergleich mit der Zwischenkriegszeit, wo die Rede von Korruption in der Regel konkrete soziale Praktiken meinte, die in erster Linie dem menschlichen Gewinnstreben und nicht der politischen Sphäre zugeordnet wurden. Doch der Bruch war andererseits nicht total – denn auch in den 1920er und 1930er Jahren hatte es einen Diskursstrang gegeben, der Korruption in einen sehr weiten Kontext stellte, sie etwa mit Kulturverfall, mangelndem Patriotismus und fehlendem Gottesglauben in Verbindung brachte.<sup>20</sup>

---

<sup>17</sup> Kanzleiter, Boris (2011): Die „Rote Universität“. Studentenbewegung und Linksopposition in Belgrad 1964 - 1975. Hamburg: VSA Verlag.

<sup>18</sup> AJ, Fonds 507, VIII: Ideološka komisija; XIII: Komisija za razvoj i kadrovsku politiku.

<sup>19</sup> Izveštaj Radne Grupe Izvršnog Komiteta Predseništva CK SKS o problemima nastalim u ostarivanju akcije „Vrh“. Belgrad, Oktober 1975 (AS Đ-2, k. 89, f. 104).

<sup>20</sup> Buchenau, Klaus (2013): Korruption im ersten Jugoslawien (1918-1941). Eine Skizze zu Diskurs und Praxis. In: Südost-Forschungen 72, S. 130-164.

Mit den sozialistischen „Rundumschlag-Begriffen“ operierten verschiedene Strömungen, die sich verallgemeinernd als generationsbezogen beschreiben lassen. Zum einen gab es einen Diskurs der Dogmatiker, zu denen oft ältere Kommunisten aus der Partisanengeneration zählten. Sie äußerten meist keine direkte Kritik an den Reformen der 1950er und 1960er Jahre, ließen aber Sorgen über ein System durchblicken, das aus ihrer Sicht immer unübersichtlicher wurde, hartes Durchregieren erschwerte und Egoismus auf Kosten der Allgemeinheit erleichterte. Hinzu kam eine generationelle Komponente: Deformationen, Deviationen usw. hingen aus Sicht mancher älterer Genossen stark mit der Verjüngung der Partei zusammen, also mit der Aufnahme von Mitgliedern, die das Initiationserlebnis des Partisanenkampfes nicht mehr teilten, daher angeblich weniger heroisch und asketisch und stattdessen eher pragmatisch, technokratisch<sup>21</sup> und opportunistisch geprägt gewesen seien. Insbesondere Mitläufer, die nur aus Karrieregründen in die Partei gekommen waren, standen als Charakterschwächlinge im Mittelpunkt der Kritik. Typisch für diese Linie war etwa Jure Bilić (1922-2006), einer der Organisatoren der Aufstandsbewegung in Kroatien während des 2. Weltkrieges. 1976 wettete er auf einer Sitzung der föderalen ZK-Kommission für Kaderpolitik, dass man im Krieg für die Parteimitgliedschaft den Kopf habe verlieren können, gegenwärtig aber die Menschen wegen Autos, Wohnungen und Fernsehern in die Partei gehen würden. Dieses in den Worten Bilićs „kleinbürgerliche“ Verhalten hänge eng mit der Transformation der jugoslawischen Gesellschaft und mit der sozialistischen Marktwirtschaft zusammen. Parteimitgliedschaft sei heute mit dem Streben nach mehr Lebensstandard verbunden, aber „ohne Festlegung, ohne Arbeit, ohne Kampf [...]“. Das heißt, es gibt Menschen, die in die Partei gehen, um deren Programm zu verwirklichen, und solche, die sich Privilegien sichern wollen, die durch die gesellschaftliche Entwicklung erst ermöglicht wurden.“<sup>22</sup>

Auf der anderen Seite gab es eine Strömung, welche übermäßige Privilegien, Nepotismus und Bereicherung durch die Partisanengeneration kritisierte. Auch diese Position war auf der oben erwähnten Sitzung vertreten, hier in Gestalt eines Genossen mit dem Kürzel St.G., der eine Statistik anführte, wonach in die Großkriminalität Jugoslawiens immerhin 17-18 Prozent Parteimitglieder verwickelt seien und sich über die „alten Partisanenfamilien, die alten kommunistischen oder privilegierten Familien“ beschwerte, welche die wichtigen Schaltstellen besetzt hätten und den Millionen Neu-Städtern keine Aufstiegsmöglichkeiten ließen. Er fuhr fort: „In bestimmten Milieus gibt es immer noch Strolche, Diebe, welche die Partei kompromittieren und hinausgeworfen werden müssen.“<sup>23</sup> Hinter der Auseinandersetzung der beiden Strömungen stand nicht zuletzt der Kampf um Stellen. Dieser intensivierte sich Ende der 1950er Jahre, als die Post-Partisanengeneration in Positionen strebte, dort allerdings mitunter an eine „gläserne Decke“ stieß.<sup>24</sup>

---

<sup>21</sup> Zur Bedeutung dieses Begriffs heißt es in einem Protokoll der Ideologischen Kommission von 1959: „Die Schicht der Technokraten repräsentieren auch jüngere Fachleute, die ihre Interessen nicht mit den Interessen der Gemeinschaft in Einklang bringen und sich daher aktueller konjunktureller Möglichkeiten bedienen, um ihre Interessen zu befriedigen.“ In: Stenografske beleške sa sastanka radne grupe koja proučava teze „Komunisti u preduzeću“, AJ 507, VIII, k. 21: II/4-a-27.

<sup>22</sup> Sednica komisije za razvoj SKJ i kadrovsku politiku, Beograd, 11.06.1976, AJ 507, XXX, k. 22, S. 76.

<sup>23</sup> Ebd., S. 83f.

<sup>24</sup> Informacija o kadrovskim problemima koji su tretirani na republičkim kongresima Saveza komunista, 06.10.1959, S. 5f. (AJ 507, XIII, K-7/4).

Diese Strömungen waren im Hinblick auf ihren Einfluss nicht gleichberechtigt. Durch die zentrale Stellung des „Volksbefreiungskampfes“ in der öffentlichen Erinnerung, aber auch durch den erleichterten Ressourcenzugang für Kriegsveteranen allgemein war die ältere Strömung überlegen – vor allem bis zum Sturz des Innenministers Aleksandar Ranković im Jahr 1966. In dem zentralistischen, maßgeblich vom Geheimdienst gesteuerten System des frühen Tito-Jugoslawien hatten Kriegskader das Sagen, die stark dazu neigten, jüngeren Kommunisten die nötige Charakterstärke abzusprechen. Auch der Partei selbst war das Problem zumindest teilweise bewusst. So beklagte sich die Ideologische Kommission im November 1963: „Den jungen Leuten gegenüber spricht man meistens einseitig über die Revolution, und diese wird meistens auf ihren bewaffneten Teil reduziert. So wird in der Jugend ein Minderwertigkeitskomplex erzeugt.“ Man solle den jungen Leuten klarmachen, dass die Revolution weitergehe, dass auch heute noch gekämpft werde: „Sie müssen viel aggressiver werden in den Angriffen auf bestimmte negative Erscheinungen – Karrierismus, Protektion, Amtsmissbräuche, Kriminalität usw.“<sup>25</sup>

Nach dem Sturz Rankovićs wirkte die bislang häufige Mischung aus Korruptionskritik und stalinistisch-dogmatischen Elementen offenbar nicht mehr so überzeugend. Kommunisten, die Korruptionsvorwürfe gegen die modernen „Managertypen“ in der Partei erhoben, wurden teilweise nicht mehr erhört. So schmetterte die Partei Petitionen des ehemaligen UDBA-Mitarbeiters Milisav Jovanović ab, der 1969/70 schwere Vorwürfe gegen zwei höhere serbische Parteifunktionäre erhob und sich bei Tito beschwerte, der Bund der Kommunisten Serbiens protegiere die betreffenden Genossen. Latinka Perović porträtierte den Beschwerdeführer gegenüber der Kanzlei Titos als Querulanten, und die Angelegenheit wurde offenbar ad acta gelegt.<sup>26</sup>

Interessant ist in diesem Sinne auch die Parteiakte des UDBA-Agenten Njegoslav Pantelić. Pantelić gehörte zu jenen Mitgliedern des Sicherheitsapparats, die mit tiefem Misstrauen auf die „Managerisierung“ der kommunistischen Partei blickten und mit liberalen Freiheiten wenig anzufangen wussten. 1972 baute er mit zwei anderen UDBA-Mitarbeitern eine Arbeitsgruppe auf, die sich der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Korruption verschrieb. Sie plante eine Operation mit dem Titel *Akcija Vrh* (Aktion Gipfel), welcher darauf verweisen könnte, dass es hier nicht um die kleine, sondern um die große Korruption gehen sollte. Der Parteiführung, welche die Arbeitsgruppe im Zuge ihrer Abrechnung mit den „serbischen Liberalen“ selbst initiiert hatte, ging die Gruppe aber zu weit; bald man warf ihr vor, zu breit und zu wenig professionell zu recherchieren und Material zu „fabrizieren“, also ehrenwerte Genossen mit Falschinformationen zu kompromittieren. Insbesondere provozierten die Korruptionsbekämpfer die Republikführung mit der Forderung, zwecks besserer Verbrechensbekämpfung enger mit den Bundesbehörden und den Behörden anderer jugoslawischer Teilrepubliken zusammenzuarbeiten. 1973 wurde die Gruppe daher aufgelöst, worauf die Mitglieder und insbesondere Pantelić jetzt der Republikführung vorwarfen, das organisierte Verbrechen zu schützen. Pantelić wurde schließlich aus der Partei ausgeschlos-

---

<sup>25</sup> Diskusija o materijalu za referat za Plenum CK SOJ, 21.11.1963 (AJ 507-39, V-4a/4).

<sup>26</sup> Siehe die gesammelte Dokumentation in AS Đ-2, k. 4.



sen, wobei die Akte viele Fragen offenlässt – die wahrscheinlich nur durch Einsicht in UD-BA-Unterlagen beantwortet werden könnten.<sup>27</sup>

## Korruptionspraktiken

Direkte Bestechungsvorwürfe wurden im sozialistischen Jugoslawien relativ selten erhoben. Geradezu ubiquitär waren stattdessen Vorwürfe aus dem Umfeld der Korruption, also Vetternwirtschaft, Klientelismus, die Ausnutzung der eigenen Dienststellung zur Erlangung verschiedener Güter. Sowohl in den Akten des Bundes der Kommunisten als auch des Sozialistischen Bundes<sup>28</sup> standen dabei zwei Ressourcen besonders im Mittelpunkt, die ebenso lebensnotwendig wie auch knapp und daher besonders begehrt waren: Wohnungen und Arbeitsplätze.

Ein grundsätzliches Problem war dabei die Abgrenzung zwischen legitimer, politisch erwünschter Privilegierung einerseits und Missbräuchen andererseits. Diese Frage stellte sich insbesondere beim Umgang mit Mitgliedern der Kommunistischen Partei. Die ZK-Kommissionen für Ideologie und Kaderpolitik waren hin- und hergerissen, wenn es um die Rezepte gegen Amtsmissbrauch ging. Einerseits galten Parteimitglieder per se als politisch-moralische Führungskraft in der Gesellschaft, so dass Missbräuche gerne mit dem Ruf nach (noch) mehr Kommunisten vor allem in Führungspositionen beantwortet wurden. Diese Strategie befürwortete etwa das Mitglied des Bundesexekutivrats Asllan Fazlija auf einer Sitzung der Kaderkommission im Jahre 1976. Gegenwärtig, so der kosovarische Funktionär, seien nur 60,9 Prozent der Stellen in den Föderationsorganen mit Parteimitgliedern besetzt, was aber für eine „Bekämpfung der Korruption und des Missbrauchs von Amt und Vollmachten“ nicht reiche. „Die Mitgliedschaft im Bund der Kommunisten kann ein Indikator für die Bewertung der politischen Entschlossenheit und Reife der Bundesverwaltung [...] sein.“<sup>29</sup> Andererseits war der Partei vollkommen bewusst, dass sie selbst Züge einer klientelistischen Seilschaft angenommen hatte und das Parteibuch keineswegs als Ausweis von Charakterfestigkeit gelten konnte. Das ergab sich beispielsweise aus parteiinternen Statistiken über Parteiausschlüsse. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre nahm der Anteil der Ausschlüsse wegen wirtschaftlicher Vergehen und Amtsmissbräuchen zu – von 9,51 Prozent im Jahr 1972 auf 17,3 im Jahr 1975. Wegen der politischen Ruhe in dieser Zeit gingen die Ausschlüsse insgesamt zurück. Deshalb war der absolute Anstieg (1972: 1092, 1975: 1341) zwar längst nicht so dramatisch – aber subjektiv wurde der Amtsmissbrauch für die Partei ein immer wichtigeres Thema. Dies galt insbesondere für die Jugoslawische Volksarmee, wo 1975 Kriminalität mit 37,1 Prozent sogar zum zweitwichtigsten Ausschlussgrund hinter „politischer Unverantwortlichkeit“ (49,6 Prozent) avancierte.<sup>30</sup>

---

<sup>27</sup> AS Đ-2, k. 89, f. 104.

<sup>28</sup> Siehe z.B. den Jahresbericht der Beschwerdekommision des Präsidiums der Republikkonferenz des Sozialistischen Bundes des werktätigen Volkes Serbiens für 1976/77: Izveštaj o radu Komisije predsedništva RK SSRN Srbije za predstavke i žalbe u periodu januar 1976-jun 1977 godine, 22.09.1977 (AS Đ-75, k. 298).

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> Statistički pregled Saveza komunista Jugoslavije za 1972. godinu, 01.12.1973 (AJ 507, XIII, k-30/12); Statistički pregled Saveza komunista Jugoslavije za 1973 godinu, 01.08.1974 (AJ 507, XIII, k-30/13); Statistički pregled Saveza komunista Jugoslavije za 1975 godinu, 01.12.1975 (AJ 507, XIII, k-30/17).

Parteiausschlüsse waren keine einfache Angelegenheit. Die Kaderkommissionen beobachteten mit Sorge, dass – mit Ausnahme der großen Säuberungsaktionen wie etwa 1971/72 – die Ausschlüsse vor allem Arbeiter trafen, wogegen sich Leitungskader häufig erfolgreich zur Wehr setzten, indem sie gegen Verfahren der lokalen Statutenkommission in Berufung gingen, wobei ihnen auch übergeordnete Netzwerke zur Hilfe kamen.<sup>31</sup>

In einigen Regionen war der Parteiklientelismus besonders stark – so in den montenegrinischen Gemeinden Ivangrad und Cetinje, wo nach einem Bericht von 1962 schon der Eintritt in die Partei die „richtigen Beziehungen“ voraussetzte: „Sehr unterschiedlich und unklar sind die Aufnahmekriterien in den Bund der Kommunisten. [...] Es werden wenig Arbeiter und Frauen aufgenommen. Oft werden neue Mitglieder über Beziehungen und Bekanntschaften oder aus bestimmten persönlichen Interessen aufgenommen.“ Diese Linie setzte sich dann in der praktischen Arbeit der Partei fort: „Es gibt bedeutende Erscheinungen von Protektion – bei Anstellungen, bei der Bereicherung von Einzelnen auf Kosten der Gemeinschaft, bei Kinderzulagen und verschiedenen Sozialleistungen, bei Arbeitszeugnissen, Invalidenunterstützung, Pensionen usw.“<sup>32</sup>

Opportunistische Parteieintritte waren häufig an andere formale Inkorrektheiten gekoppelt. So bemerkte Veljko Zeković 1959 auf einer Sitzung der Kaderkommission, Montenegro könne sich in seiner Statistik zwar mit einer hervorragenden Qualifikation seiner Verwaltungskader brüsten, aber „wenn man weiter hinschaut, sieht man, dass es hier einen großen Anteil von ehemaligen Kämpfern gibt, denen eine entsprechende Qualifikation zuerkannt wurde, über die sie tatsächlich nicht verfügen.“<sup>33</sup> Ein Problem, nicht nur in Montenegro, waren nach Ansicht der Kaderkommission auch massenhaft frisierte Beurteilungen, mit denen Vorgesetzte ihren Untergebenen zu einer Beförderung verhalfen.<sup>34</sup>

Das Parteibuch ermöglichte beruflichen Aufstieg, der Aufstieg wiederum ermöglichte Manipulationen zum eigenen Vorteil. Dies zeigt etwa das Beispiel von Jakov Popović, Direktor eines Handelsunternehmens aus der Ortschaft Guča in Westserbien. Im Parteiausschlussverfahren wurde ihm 1973 vorgeworfen, er habe in erster Linie Verwandte angestellt und ihnen erlaubt, das Unternehmen auszuplündern, wobei ein Schaden von über 17 Millionen Dinar entstanden sei. Der Kern der Manipulation bestand darin, dass er mit Buchhaltungstricks betriebliche Ressourcen in private Hände verlagerte – z.B. durch die Entwendung von Kohle, die nicht mehr im Unternehmen, sondern in den Haushalten der Angestellten verheizt wurde; durch die Abzweigung von Baumaterial, mit dem sich Popović angeblich ein eigenes Haus gebaut hatte; durch die Versicherung von Privatautos und Wohnungen über den Betrieb. Im Falle Popovićs blieb die Partei hart, er wurde ausgeschlossen, obwohl er in einem Widerspruch die Vorwürfe als von politischen Gegnern erdacht bezeichnet hatte; er verlor seine Arbeit und blieb auch länger arbeitslos. Allerdings zeigt die Popović-Akte auch

---

<sup>31</sup> Zum überproportionalen Ausschluss von Arbeitern vergleiche die Überblicksstatistik zu Parteiausschlüssen für den Zeitraum 1962-1971, 01.06.1972 (Statistički pregled Saveza komunista Jugoslavije za 1971. godinu, AJ 507, XIII, k-30/9). Zu den Hintergründen vgl. Sednica komisije za razvoj SKJ i kadrovsku politiku, Beograd, 11.06.1976, AJ 507, XXX, k. 22, S. 30.

<sup>32</sup> Rade Aleksić, Milan Ateljević: Zapažanja o stanju i radu organizacije Saveza komunista u Ivangradskoj i Cetinjskoj opštini, 01.12.1961 (AJ 507, VIII, K-21: II/4-a-45).

<sup>33</sup> Stenografske beleške sa sastanka Komisije za kadrove CK SKJ, 29.06.1959, S. 10f. (AJ 507, XIII, K-7/4).

<sup>34</sup> Informacija o ocenjivanju javnih službenika, 01.06.1959, S. 3 (AJ 507, XIII, K-7/4).

die Grenzen der Selbstreinigungsfähigkeit der Partei. In die Affäre war außerdem Panta Plazinić verwickelt, Direktor der örtlichen Filiale der „Beogradska banka“ und ebenfalls Parteimitglied. Plazinić hatte ermöglicht, dass das Bankkonto des Unternehmens genutzt wurde, um illegal Betriebsmittel für den Bau von Wohnungen für die Angestellten abzuzweigen. 1975 schloss eine Statutenkommission – nach weiteren Manipulationen – auch Plazinić aus, allerdings wurde diese Entscheidung bald in eine „letzte Ermahnung“ umgewandelt. Bemerkenswert war dabei die Begründung, in der es unter anderem hieß, „dass es sich um einen jungen Menschen handele, der auch verantwortungsvolle politische Funktionen ausgeführt hat [...], dessen Ehepartner[in] Mitglied des Bundes der Kommunisten ist und aus einer Familie aktiver Teilnehmer des Volksbefreiungskampfes stammt [...]“. Hier argumentierte man also recht unverblümt mit der guten Vernetzung Plazinićs in der Partei, die ihn ganz offensichtlich schützte.<sup>35</sup>

Zu den Besonderheiten des Korruptionsthemas im Sozialismus gehörte also, dass nicht nur darauf geachtet wurde, *was* getan wurde – eine bedeutende Rolle bei der Beurteilung spielte auch die Frage, *wer* etwas getan hatte und *wer* begünstigt bzw. geschädigt worden war. Interessant in diesem Sinne ist das Parteiausschlussverfahren gegen den Elektriker und Gewerkschaftsfunktionär Đorđe Pevac aus Sremska Mitrovica im Jahr 1978. Pevac musste sich ähnlich wie der oben erwähnte Jakov Popović eine ganze Reihe von Missbräuchen vorwerfen lassen. Pevac hatte eine leitende Funktion in der örtlichen Papierfabrik „Matroz“ inne und wurde sowohl des Nepotismus als auch der Bereicherung beschuldigt. So hatte er seinem eigenen Sohn einen lukrativen Auftrag als Elektroinstallateur bei „Matroz“ verschafft und dafür ein überhöhtes Honorar auszahlen lassen. Er hatte Betriebsmittel, insbesondere Kohle zum Heizen, an Freunde verteilen lassen und zum Teil verkauft; Arbeiter des Unternehmens, die ein Anrecht auf Kohle aus Betriebsvorräten hatten und diese über die Gewerkschaft erhalten sollten, waren dagegen übergangen worden, ihre Unterschriften auf den entsprechenden Empfangslisten hatte Pevac gefälscht. Die Einnahmen aus dem illegalen Kohleverkauf hatte Pevac für sich behalten. Für einen der Begünstigten interessierte sich die lokale Statutenkommission ganz besonders: Unter den Empfängern der veruntreuten Kohle war auch ein betagter orthodoxer Priester; er war offenbar bedacht worden, weil er Pevac einst getauft hatte und zudem ein Verwandter von ihm bei „Matroz“ angestellt war. Vor der Statutenkommission stritt Pevac diese Angaben des Priesters nicht ab, bestand aber darauf, dass die Lieferung ohne sein Wissen erfolgt sei und dass er im Nachhinein immerhin veranlasst habe, dass der Priester sie auch bezahlte.<sup>36</sup>

Diese Beispiele belegen, dass die kommunistische Partei nur begrenzt willens und in der Lage war, die *Einhaltung von Spielregeln* abzusichern. Dies lag zum einen an den Spielregeln selbst, die durch den Aufbau der Arbeiterselbstverwaltung immer unübersichtlicher wurden. Die Verfassung von 1974 legte fest, dass das Eigentum an Produktionsmitteln gesellschaftlich sei und „der Arbeiterklasse und der sozialistischen Gesellschaft“ die unmittelbare Verwaltung dieses Eigentums zukomme. Konkret bedeutete das, dass Verantwortlichkeiten stark dezentralisiert wurden und ein entsprechend großer Personenkreis in Management und Selbstverwaltung in die Versuchung kommen konnte, Verwaltungskompetenzen zu

---

<sup>35</sup> Siehe die Akte Jakov Popović, AS Đ-2, k. 89, f. 105.

<sup>36</sup> Siehe die Akte Đorđe Pevac, AS Đ-2, k. 89, f. 101.

missbrauchen. Verschärft wurde das Problem durch die Unklarheit, wem das gesellschaftliche Eigentum gehörte. In der Verfassung von 1974 heißt es dazu wörtlich, dass „niemand ein Eigentumsrecht auf gesellschaftliche Produktionsmittel besitzt“ – eine Formulierung, welche die Frage nach dem konkreten Eigentümer letztlich offenließ und die Verteidigung von Eigentumstiteln gegen lokale Usurpation sicher nicht leichter machte.<sup>37</sup>

Es lag aber auch an den ideologischen Denkschemata: Zu sehr stand im ideologischen Weltbild von vornherein fest, wer zu gewinnen hatte, als dass die Regelkonformität selbst hätte ins Zentrum gerückt werden können. In dieser Hinsicht ist natürlich auch die Rolle der zentralen Integrationsfigur, des Staatspräsidenten Josip Broz Tito interessant. In Titos Kanzlei kam sehr vieles zusammen. Hier gingen die Briefe altgedienter Genossen ein, die sich heftig über den Verfall der Sitten beschwerten und den Staatschef als Bündnisgenossen gewinnen wollten, so etwa von Mirko Čakovan aus Pančevo, der sich 1966 als „Arbeiter und Proletarier“ bei Tito beschwerte, dass „nach der Befreiung das Proletariat die Macht in Händen gehalten“ habe, jetzt aber „bei uns die Klasse der Kleinbürger geboren worden“ sei. Nach dem Muster *guter Zar – böse Beamte* schrieb Čakovan: „Auch um Sie herum, so scheint es, gibt es Bürokraten“, Menschen, die „Villen haben, zwei Autos und ein paar Millionen in der Bank“, welche „sich vom Volk getrennt und es sich so tief in Sesseln bequem gemacht haben, dass sie außer sich selbst und ihrem süßen Leben nichts mehr sehen.“ Nur eine radikale Säuberung könne helfen, man brauche eine kommunistische Partei, die „aus reinen Proletariern ohne Flecken auf der West, ohne Hang zur Bereicherung und zur Trennung von den Massen.“<sup>38</sup> Tito galt vielen Briefeschreibern als gottgleicher, gerechter Richter, von dem man allerdings annahm, dass er falsch informiert sei und daher ins rechte Verständnis gesetzt werden müsse. Bei Tito gingen sowohl Briefe ein, die über bislang unentdeckte, vermeintliche Korruption berichteten, als auch solche, die laufende Korruptionsverfahren als ungerecht und von versteckten Absichten getragen darstellten.<sup>39</sup>

Das Paradox besteht darin, dass Tito selbst als Vorbild für die „gierigen“ Funktionäre diente – seine Vorliebe für einen luxuriösen Lebensstil war bekannt, äußerte sich in prachtvollen Empfängen, feiner Kleidung und nicht zuletzt in der Ausstaffierung seines Urlaubsdomizils auf den Brioni-Inseln. Auch Tito selbst handelte oft jenseits des Rechtsweges, verteilte Ressourcen nach eigenem Gutdünken und nicht nach festgelegten Regeln. Vielen Bittstellern ging es um konkrete Güter, um Wohnungen, um Arbeitsstellen, teilweise um Überlebenshilfe. Titos Kanzlei konnte sich sowohl über bürokratische Prozeduren als auch über die geltenden Regeln politischer Korrektheit hinwegsetzen und auf diese Weise ein Netzwerk schaffen, welches allein auf persönlicher Loyalität zwischen bestimmten Personen oder Gruppen und der Staatsspitze beruhte. 1950, mitten in einer Zeit großer ideologischer Strenge und harter Abrechnungen mit politischen Gegnern half er etwa dem bürgerlichen Anwalt Hugo Holzmann aus Zagreb, der sich in der Zwischenkriegszeit unter anderem durch die Vertretung ausländischer Kapitalinteressen einen Namen gemacht hatte. Als sich Holzmann,

---

<sup>37</sup> Verfassung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Beograd 1974. S. 67f.; vgl. die Darstellung des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus bei Sundhaussen, Holm (2012): Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen. Wien u.a.: Böhlau, S. 99-112.

<sup>38</sup> Brief Mirko Čakovans an Tito, 10.10.1966, AS Đ-2, k. 2.

<sup>39</sup> Siehe die Briefe von Nikola Ilić aus Leskovac, 11.01.1967; von Vladimir Rukavina aus Novi Sad, 14.04.1967; von einer Gruppe „objektiver Kommunisten Kraljevost“, undatiert; von Dragomir Katić aus Kraljevo, 18.02.1969; von Milisav Jovanović aus Požarevac, 10.11.1969. Alle Dokumente in AS, Đ-2, k.4.

der durch die Revolution seinen Immobilienbesitz verloren hatte, bei Tito über Altersarmut beklagte, ließ Tito ihm 10 000 Dinar und 6 Kilo Zucker schenken. Als Tito bei einem Besuch in seinem Heimatdorf Kumrovec 1952 einem Bauern begegnete, der von der Polizei aus seiner Wohnung vertrieben worden war, wies er die örtlichen Stellen an, dem Mann eine Wohnung zu besorgen. Im selben Jahr schenkte Tito gar einem dalmatinischen Dorf die Elektrifizierung, obwohl das existierende Regelwerk vorsah, dass die Dörfer den Anschluss an das Stromnetz selbst finanzieren sollten. Titos Anweisungen wurden selbstverständlich befolgt, verursachten aber gleichzeitig Unruhe in den Verwaltungsapparaten, die sich vor Präzedenzfällen fürchteten.<sup>40</sup>

Nicht nur die Partei selbst, auch Tito konnte daher kein objektiver Richter über die Einhaltung von Prozeduren sein – obwohl ihn die Petenten immer wieder in diese Rolle rufen wollten. Das Problem öffentlich anzusprechen war im sozialistischen Jugoslawien selbstverständlich nicht möglich, die Diskussion darüber war in die politische Emigration verlagert. Hier sah man Tito teilweise als Kopf der Korruption, als das eigentliche Problem und miserables Vorbild, wie es etwa aus dem undatierten Drohbrief eines Dušan Petrić hervorgeht, abgesendet aus Brüssel: „Ziehen Sie sich ehrenhaft und im Frieden zurück. Wir wissen, dass Sie vor einigen Jahren eine Villa und eine Yacht am Genfer See gekauft haben und dass sie schon im Jahr 1966 etwa 7 Millionen Franken in Schweizer Banken deponiert hatten. Heute ist diese Summe wahrscheinlich viel größer. Wir raten Ihnen, sich zurückzuziehen und mit Frau Jovanka den Rest Ihres unseriösen Lebens an den schönen Stränden des Genfer Sees zu verbringen. [...] Und vergessen Sie nicht, dass kaum ein Diktator im Bett gestorben ist – vor allem nicht in Jugoslawien!“<sup>41</sup>

Politisch gewollte Privilegierung und Missbrauch kamen insbesondere bei Veteranenorganisationen zusammen. Da der Veteranenstatus den Ressourcenzugang sehr erleichterte, sind die Archive voller Dokumente, in denen es um den Zusammenhang von früheren Leistungen (für Partei und Partisanenbewegung) und späteren Ansprüchen geht. In diesem Punkt unterschied sich das sozialistische Jugoslawien kaum von seinem „bürgerlichen“ Vorgängerstaat – auch hier war die Berufung auf patriotische Verdienste gang und gäbe, wenn es um Stellen, Immobilien, Beförderungen usw. ging.<sup>42</sup> In Tito-Jugoslawien war die Bevorzugung der ehemaligen Partisanen durch eine Reihe von Rechtsakten offiziell sanktioniert und wurde darüber hinaus durch den Zentralkult um den „Volksbefreiungskampf“ immer wieder von neuem legitimiert.<sup>43</sup> Dennoch führte das Thema auch zu Spannungen, Verdächtigungen und Vorwürfen. Selbst altgediente Kommunisten sahen die Verkoppelung von Partisanenverdiensten und späteren Privilegien mit gemischten Gefühlen. Dies wurde auf einer Sitzung der Kaderkommission im April 1959 deutlich, auf der es um die Weiterbeschäftigung ehemaliger Partisanen im Zivilbereich ging. Aufgrund einer Pensionierungswelle in der Armee waren bis zu 6 000 Personen kurzfristig unterzubringen, von denen die meisten keine Qualifikation außerhalb des Militärs besaßen, an Kriegstraumata litten usw. Der

---

<sup>40</sup> Siehe die Dokumentation der genannten Fälle in AJ 837, KMJ II-8/5.

<sup>41</sup> *Otvoreno pismo drugu Titu*, undatiert, Fotokopie (AS, Đ-2, k.4).

<sup>42</sup> Buchenau, *Korruption im ersten Jugoslawien*, a.a.O.; Newman, John Paul (2014): *Yugoslavia in the Shadow of the Great War: War Veterans and the Limits of South Slav State Building 1918-1941*. Cambridge: Cambridge University Press, erscheint 2015.

<sup>43</sup> *Savez boraca Narodnooslobodilačkog rata Jugoslavije* (Hg.) (1960): *Rights of war veterans and their organizations in Yugoslavia*. Beograd: Union of Veterans of the People's Liberation War.

Kommissionsleiter Veljko Zeković gab den Ton vor, als er forderte, diese Personen, viele davon Unteroffiziere, sollten für kommunale Leitungsposten qualifiziert werden, um auf diese Weise „negative“ Tendenzen der Gesellschaft zu stoppen: So erhalte man einen „außerordentlichen Kommunisten [...], der in seiner Gemeinde reife Entscheidungen treffen und sich gewissen technokratischen und allen anderen Vorschlägen dieser rein fachbezogenen Leute entgegenstellen kann“. Mit einem Wort – über die systematische Bevorzugung der Veteranen sollte die funktionale Ausdifferenzierung und schleichende Entideologisierung der jugoslawischen Gesellschaft gestoppt werden. Mehrere Teilnehmer der Sitzung wehrten sich gegen diese Richtung. Die montenegrinische Genossin Neda Božinović warnte davor, den Veteranen-Klientelismus (*solunaštvo*) des ersten Jugoslawien zu imitieren und damit Unmut in der Bevölkerung zu erregen; Slavko Štrbac (Kroatien) berichtete von massiven Problemen mit pensionierten (Unter)Offizieren, die in Städten der Krajina in Schnellkursen zu Verwaltungsleitern umgeschult worden waren. Die Kandidaten seien unqualifiziert, hätten gesundheitliche Probleme, manche seien Alkoholiker und Schläger. Veljko Zeković geriet im Laufe der Diskussion in die Defensive, konnte sich gegen Ende nur noch zu einer melancholischen Replik aufrufen: „Wir müssen selbst am meisten tun, damit die Menschen aufhören, sich auf ihre Verdienste zu berufen. Denn wenn wir ihnen keine Möglichkeiten bieten, bleibt ihnen das als einzige Verteidigung. Das ist eine normale Sache.“ Damit hatte er die Partisanen-Meritokratie als Problem anerkannt, dessen Wurzeln aber letztlich im Ressourcenmangel verortet.<sup>44</sup>

Weil der Veteranenstatus attraktiv war, kam es hier auch immer wieder zu Manipulationen. Viele Vorwürfe und Untersuchungen gegen Parteifunktionäre beginnen mit der Behauptung oder Feststellung, die betreffende Person habe falsche Angaben über ihre Rolle während des Zweiten Weltkrieges gemacht, um so in den Genuss von Privilegien zu kommen. Ein Beispiel dafür ist der Belgrader Anwalt Jovan Čepić, gegen den 1973 ein Parteiausschlussverfahren eröffnet wurde. Man warf ihm vor, sich mit einer geschönten Biographie in den Veteranenverband SUBNOR eingeschlichen zu haben; weder sei er von Beginn an beim Volksbefreiungskampf dabei gewesen, noch sei er im Kampf verletzt worden. 1970 habe zum Vorsitzenden der Wohnungskommission des SUBNOR wählen lassen, um sich bereits ein Jahr später selbst eine Wohnung zuzuteilen.<sup>45</sup>

Interessant ist auch das Parteiausschlussverfahren gegen Slavomir Pokimica im Jahr 1978. Pokimica war Funktionär des SUBNOR in Kragujevac und hier insbesondere für Wohnungsfragen zuständig. Ihm wurde vorgeworfen, einer Person eine Wohnung verschafft zu haben, welche keinerlei Verbindungen zu SUBNOR hatte. Vor der örtlichen Statutenkommission gab Pokimica dies auch zu, verteidigte sich aber mit Hinweis auf seine Verdienste und Auszeichnungen seit 1941, berichtete daneben über seine gesundheitlichen Probleme. „Entsetzlich gekränkt“ zeigte sich über den Vorwurf, dass er für die Transaktion ein Schmiergeld angenommen habe – was darauf hinweist, dass direkte Bestechlichkeit auch in Tito-Jugoslawien weitaus ehrenrühriger sein konnte als andere Vorwürfe.<sup>46</sup>

---

<sup>44</sup> Stenografske beleške sa sastanka Komisije za kadrove CK SKJ održanog 01.04.1959, 01.04.1959 (AJ 507, XIII, K-7/1-9).

<sup>45</sup> Siehe die Akte Čepić in AS, Đ-2, k. 4.

<sup>46</sup> Siehe die Akte Pokimica in AS, Đ-2, k. 89, f. 111.

Geradezu thrillerhafte Züge trug eine Affäre, die 1964 den SUBNOR der Vojvodina erschütterte. Sie kam durch den Selbstmord des Buchhalters Živa Kaluđerski ans Licht, der in einem Abschiedsbrief von schweren Manipulationen in der Verbandszentrale in Novi Sad berichtete. Kaluđerski hatte sich vergiftet, nachdem staatliche Wirtschaftsprüfer auf Unregelmäßigkeiten in den SUBNOR-Finanzen gestoßen waren und von Kaluđerski eine Erklärung dafür verlangt hatten. In dem Abschiedsbrief an seine Familie gab Kaluđerski zu, jahrelang fiktive Rechnungen ausgestellt zu haben, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Bau eines Kriegsinvalidenheims. Die dafür gewährten öffentlichen Mittel seien in schwarze Kassen geflossen, mit denen sich drei höhere Funktionäre der Organisation luxuriöse Feste, Urlaube, Autos, Geschenke usw. finanziert hätten. Auch weitere Parteifunktionäre aus Novi Sad und Belgrad, so heißt es in den Akten der Statutenkommission, seien zu den Gelagen eingeladen gewesen. Der Fall endete offenbar ergebnislos, wobei Vertuschung eine bedeutende Rolle spielte. Es blieben Zweifel an der Todesursache Kaluđerskis, insbesondere an der Rolle eines Arztes, der im Verdacht stand, Kaluđerskis Tod wider besseres Wissen nicht verhindert zu haben. Mit Kaluđerski war der wichtigste Zeuge verstorben, das SUBNOR wurde verdächtigt, Beweise und insbesondere weitere Briefe Kaluđerskis vernichtet zu haben. Ein Gerichtsverfahren gegen den Hauptverdächtigen Cvetko Topalov wegen ungewissenhafter Amtsführung und Untreue scheiterte, weil die Anklage keine entsprechende Dokumentation vorlegen konnte. Das Gericht stützte sich vorwiegend auf ein einziges Gutachten, dessen Autor allerdings später zu Protokoll gab, durch die Polizei in seiner Arbeit behindert worden zu sein. Die Verbandsspitze wurde ausgetauscht, aber einer der Beschuldigten blieb im Amt und erklärte, die Verdächtigungen seien sachlich unbegründet und in Wahrheit eine Rachekampagne des neuen Vorsitzenden.<sup>47</sup>

### **Das Problem dringt nach außen: Der Zigarettenschmuggel**

Tito-Jugoslawien war ein Land, das mehr als andere sozialistische Staaten auf Loyalität durch Freiheiten und Wohlstand, weniger durch Manipulationen und Druck setzte. Doch auch hier galt die alte Familienweisheit, dass Kritik nur dann als wohlmeinend aufgenommen wurde, wenn sie von innen kam und systemimmanent blieb. Auf äußere Einmischung reagierte man empfindlich, und gelegentlich wurde auch auf der Klaviatur der äußeren Bedrohung gespielt, um innere Kohäsion zu erzeugen. Diese Rahmenbedingungen sprachen stark dagegen, eigene Probleme mit Korruption und Kriminalität zum Gegenstand internationaler Gespräche zu machen, entsprechende Hinweise aus dem Ausland wurden schnell als Angriff interpretiert und von der jugoslawischen Presse zurückgewiesen.

Manche Fälle allerdings waren schlichtweg zu groß, um mit Verweis auf „böswillige Propaganda“ von außen glattgebügelt zu werden – wie etwa jener des Frachters „Cavtat“ aus Dubrovnik, den die italienische Finanzaufsicht am 27. Januar 1970 in der Bucht von Neapel zu stoppen versuchte, als die Mannschaft gerade dabei war, die verdächtige Ladung an italienische „Partner“ zu übergeben. Der Kapitän gab den Befehl zur Flucht, erst nach mehrstündiger Verfolgungsjagd und massivem italienischem Maschinengewehrfeuer ergab sich die „Cavtat“ schließlich 74 Meilen nördlich von Palermo. Obwohl die Mannschaft auf der

---

<sup>47</sup> Siehe die Akte Živa Kaluđerski in AS, Đ-2, k.4.

Flucht bereits einen Teil ihrer Ladung über Bord geworfen und der Laderaum Feuer gefangen hatte, stießen die Zollfahnder auf große Mengen geschmuggelter Zigaretten der Marken „Marlboro“ und „Winston“. Die italienische Polizei rettete die 30-köpfige Besatzung aus dem eisigen Mittelmeer, wohin sie sich vor dem Brand geflüchtet hatte, und brachte sie in ein Untersuchungsgefängnis in Palermo. Italiens Presse berichtete über den Schmuggelfall (vor allem auch darüber, wie „human“ die italienischen Beamten die Schmuggler aus dem Wasser gerettet hatten) und löste damit in der jugoslawischen Öffentlichkeit einen Beißreflex aus – hier stellte man sich vor die eigenen Seeleute und warf den italienischen Behörden eine vollkommen überzogene Reaktion vor.<sup>48</sup> Die jugoslawische Bundesregierung war allerdings hinter den Kulissen anderer Meinung. Während die Besatzung gegenüber den italienischen Ermittlern alles abstrikt, schickte die jugoslawische Botschaft in Rom einen Vertreter nach Palermo, der sich dort mit dem inhaftierten Kapitän Petar Moretti unterhielt. Das Engagement der Botschaft wurde in der jugoslawischen Öffentlichkeit wie ein Einsatz für die „eigenen“ Leute dargestellt, während die brisanten Details des Gesprächs geheim blieben. Moretti gestand nämlich, dass er und seine Besatzung mit zwei neapolitanischen Mafia-Clans zusammengearbeitet hatten, um Zigaretten nach Westeuropa zu schmuggeln. In den illegalen Handel seien die jugoslawischen Außenhandelsunternehmen „Brodokomerc“ und „Prehrana“ verwickelt, die Westzigaretten nach Jugoslawien importierten, aber nicht dort auf den Markt brachten, sondern stattdessen systematisch jugoslawische Schiffsbesatzungen anwarben, um die Ware vorbei an Zoll und Steuerbehörden auf den westeuropäischen Schwarzmarkt zu bringen. Am Handel verdienten nach Aussage des Kapitäns auch Zollorgane jugoslawischer Adria Häfen mit, welche für die Fälschung von Schiffsdokumenten eine Umsatzbeteiligung erhielten. Verklausuliert sprach Moretti auch von „höheren Organen“, die in den Zigaretten Schmuggel verwickelt seien. Das Belgrader Außenministerium distanzierte sich intern von der „patriotischen“ Darstellung in der jugoslawischen Presse, versuchte aber auch die Schiffsbesatzung aus der Schusslinie zu bringen, wahrscheinlich um Jugoslawien die Schmach einer Untersuchung vor einem ausländischen Gericht zu ersparen – die Seeleute sollten gegen eine Kaution von 4 Millionen Lira freigelassen werden.<sup>49</sup> Aus einer weiteren Quelle vom Mai 1970 geht allerdings hervor, dass dieses Vorhaben offenbar scheiterte und der „Cavtat“-Besatzung tatsächlich in Italien der Prozess gemacht wurde.<sup>50</sup>

Intern nahm die jugoslawische Regierung die Angelegenheit sehr ernst. Schon Anfang März 1970 stellte die „Untergruppe Handel“ des Bundesexekutivrates (Savezno Izvršno Veće – SIV) fest, es handele sich um eine Verletzung der Geschäftsmoral, welche dem Ansehen Jugoslawiens schade und große materielle Schäden verursache; außerdem sei die „Cavtat“ kein Einzelfall. Man nahm sich vor, nicht nur die verwickelten Unternehmen und Behörden, sondern auch deren Aufsicht zu überprüfen – dem Verweis Morettis auf die „höheren Organe“ wollte man also nachgehen.<sup>51</sup> Gerade zu diesem Punkt ergaben die weiteren Untersuchungen aber nichts, und es entsteht der Eindruck, als sei dieses Moment vor allem von den Matrosen selbst ins Spiel gebracht worden, die sich in Bezug auf die eigene Beteiligung zu-

---

<sup>48</sup> Vukčević, Rade (1970): Požar izazvali rafali. In: Politika, 02.02.1970, S. 4.

<sup>49</sup> Informacija u vezi broda „Cavtat“, 09.03.1970, AJ 130-731-1187; Politika v. 30.01.1970, S. 8.

<sup>50</sup> Prikaz Informacije Saveznog javnog tužilaštva o krivičnim postupcima protiv zapovednika i drugih lica zbog nedozvoljene trgovine stranim cigaretama, 21.05.1970, AJ 130-731-1187.

<sup>51</sup> Zaključak u vezi zaplene broda „Cavtat“, 04.03.1970, AJ 130-731-1187.



geknöpft gaben – wie sie jenseits des Vernehmungsprotokolls eingestanden, teilweise aus Furcht vor Rache der italienischen „Partner“, also der Mafia. Dafür verwiesen sie immer wieder auf die Mitwisserschaft jugoslawischer Stellen und auf „einzelne gesellschaftlich exponierte Persönlichkeiten“, die davon „gewusst und vielleicht auch an dem Schmuggel teilgenommen“ hätten.<sup>52</sup>

Im Weiteren erhärteten sich die Erkenntnisse über Maßstäbe und Mechanismen des Schmuggels. In einem Schreiben der „Untergruppe Handel“ an den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Bundesparlaments vom 1. Juni 1970 heißt es, es gäbe gegenwärtig in Jugoslawien praktisch keine Schiffsbesatzungen mehr, die sich nicht mit dem Kauf und Weiterverkauf von Zigaretten und Alkohol beschäftigten. Die Polizei in Dubrovnik errechnete, dass zehn hier beheimatete Schiffe allein in den Jahren 1968-1969 insgesamt 724 000 Lira erwirtschaftet hätten. Die Außenhandelsfirmen verkauften die Ware zu einem Drittel des westeuropäischen Marktpreises an die Besatzungen, so dass die Schmuggler durch den Weiterverkauf eine reichliche Marge erzielen konnten. Allerdings sahen die Ermittler nicht die Seeleute als Hauptschuldige, sondern die Außenhandelsfirmen. Während es für die Matrosen „nur“ um ein illegales Zubrot ging, stimulierten die Unternehmen den Schmuggel systematisch, indem sie von Schiff zu Schiff liefen, den Mannschaften die Zigaretten anboten und dabei sogar Valuta-Kredite bereitstellten, welche die Schmuggler nach erfolgreichem Weiterverkauf zurückzahlen konnten.<sup>53</sup> Dabei habe es eine regelrechte Konkurrenz zwischen den Außenhandelsunternehmen „Brodokomerc“ (Rijeka), „Prehrana“ (Ljubljana) und „Dalma“ (Split) um die Schiffsbesatzungen gegeben.<sup>54</sup>

Bei der Bekämpfung stieß man auf ganz ähnliche Probleme wie in westlichen Rechtsstaaten. Formales Recht mochte in Jugoslawien nicht die Bedeutung gehabt haben wie in Westeuropa, aber dennoch machte es einen Unterschied, ob bestimmte rechtliche Schlupflöcher vorhanden waren oder nicht. Dies sieht man deutlich am Umgang der Zollbehörden mit dem Schmuggel. Die „Cavtat“ und andere Schiffe hatten ihre „heiße Ware“ zunächst über den Hafen von Rijeka bezogen, wobei der Zoll nach dem erwähnten Schema mitspielte. Schon in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre müssen Ermittler davon erfahren haben, denn man erhöhte den Druck auf die dortigen Zollorgane, woraufhin sich der Schmuggel auf den Hafen von Šibenik verlagerte. Zu den dortigen Zöllnern hatte die „Cavtat“-Besatzung vorsorglich Verbindung aufgenommen. „Brodokomerc“ reagierte auf die Schließung seines Heimathafens für den Schmuggel mit einer Anzeige gegen den dortigen Zoll und gewann den folgenden Gerichtsprozess, weil das Außenhandelsgesetz die freie Ein- und Ausfuhr von Waren garantierte und es für derartige Zollkontrollen keine gesetzliche Grundlage gab. Hier rächte sich offenbar, dass die jugoslawische Gesetzgebung wenig mit Delikten anzufangen wusste, deren Geschädigte nicht Inländer und die eigene Gesellschaft, sondern Ausländer waren. Bei den aufgedeckten Fällen blieb die jugoslawische Rechtsprechung mild, insbesondere milder als diejenige Italiens. Bestraft wurden nur die Hauptorganisatoren des Schmuggels auf den jeweiligen Schiffen, in der Regel die leitenden Besatzungsmitglieder. Das SIV nahm sich daher vor, die Gesetze zu verschärfen. Man brauche, so heißt es in einem

---

<sup>52</sup> Prikaz Informacije Saveznog javnog tužilaštva (...), a.a.O., S. 5.

<sup>53</sup> Predsedniku privrednog veća Savezne skupštine, 01.06.1970, AJ 130-731-1187.

<sup>54</sup> Prikaz Informacije Saveznog javnog tužilaštva, a.a.O.

Dokument der jugoslawischen Bundesstaatsanwaltschaft vom Mai 1970, eine langfristige und systematische Kampagne, „mit der man auf das Bewusstsein, auf die Bekämpfung schlechter Angewohnheiten und moralischer Deformationen bei einem Teil unserer Seeleute einwirkt, die sich aus Tradition mit Schmuggel beschäftigen.“<sup>55</sup> Diese Passage beleuchtet das Selbstverständnis des Staatsanwaltes, der sich keineswegs nur als mechanischer Delinquenzbekämpfer sah, sondern auch als Erzieher, der auf die Veränderung traditioneller Werte und Normen hinzuwirken hatte.

## Fazit und Ausblick

Was waren die Besonderheiten der Korruptionsproblematik im sozialistischen Jugoslawien? Wo gab es Brüche, wo Kontinuitäten im Vergleich zur Zwischenkriegszeit? Diese Ausgangsfragen können hier zwar nicht abschließend, aber doch ansatzweise beantwortet werden. Besonders war zunächst einmal, dass das Thema Korruption tief in das Oberthema der sozialistischen Moral eingebettet war. Korruption war kein Gegenstand, den man getrennt von anderen Problemen hätte diskutieren können – gerade aus der Sicht der Kommunisten hing immer alles mit allem zusammen. Korruption, mangelnde Askese, fehlende kommunistische Prinzipientreue waren in dieser Sicht eng verflochten und konnten auch nicht getrennt bekämpft werden. Daraus konnte sich eine Tendenz zur Ideologisierung von Kriminalität, aber auch zur Kriminalisierung von Dissens ergeben.

Der Missbrauch von Ämtern zum persönlichen Vorteil war weit verbreitet; das Archivmaterial hierzu ist umfangreich und vielfältig, lässt sich in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären finden und konnte hier nur zu einem sehr kleinen Teil ausgewertet werden. Auch umfassende Forschungen, so steht zu vermuten, werden nur stellenweise eine Quantifizierung des Phänomens ermöglichen. In jedem Fall ergab sich in Tito-Jugoslawien aus der nicht unüblichen Praxis ein weit verbreiteter, pauschaler Verdacht – was eine deutliche Parallele zur Zwischenkriegszeit wie auch zum Postsozialismus darstellt. Zwar wurde im Sozialismus weniger als vor 1941 und nach 1989 mit öffentlichen Verdächtigungen Politik gemacht; aber hinter den Kulissen lief es ähnlich ab. Regelmäßig rechtfertigten sich die Beschuldigten, jemand wolle ihnen schaden, wolle durch die Streuung erfundener Geschichten seine eigene Stellung und den eigenen Ressourcenzugang verbessern. Tito-Jugoslawien hatte also seine eigene „Korruptionskommunikation“, die allerdings sehr spezifisch funktionierte: Sie war überwiegend nichtöffentlich und hatte wegen der ideologischen Zwänge einen Hang zum Nebulösen.

Jugoslawien reagierte auf Korruptionsprobleme immer wieder mit Umbaumaßnahmen. Bereits mit dem „Gesetz über die öffentlichen Angestellten“ (*Zakon o javnim službenicima*) war 1957 das Instrument der öffentlichen Ausschreibung eingeführt worden, welches auch die Möglichkeit bot, gegen unsaubere Stellenbesetzungen Klage einzureichen. Die Kaderkommission des Bundes der Kommunisten zeigte sich im Juni 1959 im Wesentlichen zufrieden mit der Umsetzung, gestand aber ein, dass Ausschreibungen häufig als reine Formalität betrachtet würden und die Kandidaten von vornherein feststünden.<sup>56</sup>

---

<sup>55</sup> Prikaz Informacije Saveznog javnog tužilaštva, a.a.O., S. 9.

<sup>56</sup> Primena konkursa u javnoj službi, 01.06.1959, AJ 507, XIII, K-7-4.

Arbeiterselbstverwaltung und sozialistische Marktwirtschaft gaben häufig Anlass für Korruptionskritik, gerade bei der älteren Partisanengeneration, welche die Reformen teilweise als Einladung zu Manipulationen ablehnte. Die jugoslawische Regierung reagierte auch hier, indem sie sich bemühte, problematische Bereiche zu regeln – so ging man Ende der 1960er Jahre verstärkt gegen unerlaubte Preisabsprachen vor, insbesondere gegen lokale Monopole, die versuchten, sich gegen Konkurrenz von außen abzuschotten. Angesichts der gewachsenen unternehmerischen Freiheiten bemühten sich Juristen, zu einer angemessenen Abgrenzung zwischen legaler Gewinnorientierung und unerlaubter Spekulation zu kommen.<sup>57</sup> Auch setzte man sich jetzt, wo die Freiheit der Wirtschaftssubjekte zugenommen hatte, verstärkt mit dem Problem der Vertragstreue auseinander.<sup>58</sup>

Allerdings gab eine bedeutende systemische Grenze der Lernfähigkeit – und dies war der Führungsanspruch des Bundes der Kommunisten. Der Bund der Kommunisten verstand sich zwar per se als Zusammenschluss nicht korrupter Menschen, funktionierte aber de facto als zentrale Seilschaft, über die allein wirklicher gesellschaftlicher Aufstieg erreicht werden konnte. Das machte die Partei so interessant für Menschen, die materiell vorankommen wollten, aber gelernt hatten, sich stets den Anschein ideologischer Konformität zu geben. Dass von derartigen Führungskräften keine bedeutenden Impulse gegen Korruption zu erwarten waren, liegt auf der Hand. Auch Transparenz, dieses Zaubermittel heutiger Korruptionsbekämpfer, war unter den Bedingungen der Einparteienherrschaft kaum anwendbar. Zwar gab es Fälle, in denen lokale Gremien und auch Öffentlichkeiten bewirkten, dass ein korrupter Genosse oder Manager abgesetzt wurde. Aber es war kaum möglich, diese Kontrolle systematisch und auf allen Ebenen zu verankern – eine derartige Transparenzoffensive hätte das politisch gewollte Machtgefüge zu sehr erschüttert. Wenn der Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe schreibt, aus der Korruptionskommunikation folge häufig ein Umbau von Institutionen mit dem Ziel, Korruption einzudämmen<sup>59</sup>, war das in Tito-Jugoslawien nur begrenzt der Fall.

Was aber lernten die Menschen in der sozialistischen Periode? Dieser Text hat viele Gründe für die Auffassung geliefert, dass der Sozialismus tatsächlich eine „Schule der Informalität“ war, in der man lernte, offizielle Prozeduren zu unterlaufen. Allerdings ist dieser Befund nicht ganz eindeutig. Dagegen spricht das zweifellos präsente kommunistisch-asketische Ethos, welches prinzipiell korruptionsfeindlich war; die zwar begrenzte, aber dennoch vorhandene Lernfähigkeit des jugoslawischen Systems, welches durchaus Vorstellungen prozeduraler Korrektheit hatte und sie auch weiter entwickelte; und nicht zuletzt einige weitere Hinweise aus dem Archivmaterial.

Interessant und besonders nahe an der Stimmung der „einfachen Leute“ dürften Bürgerpetitionen seien, wie sie bei dem Sozialistischen Bund des werktätigen Volkes (Socialistički savez radnog naroda – SSRN) eingingen. Die Beschwerdekommision der serbischen Repub-

---

<sup>57</sup> O nekim pojavama nedozvoljenog sporazumevanja, špekulacije u prometu robe i nelojalne utakmice, AJ, 12.5.1970, AJ 130-731-1187. Siehe hierzu auch das „Grundgesetz über den Warenverkehr“ (*Osnovni zakon o prometu robe*) von 1967, veröffentlicht in *Službeni list* 23 (1967) 1, S. 11-16.

<sup>58</sup> Neki aktuelni problemi iz oblasti tržišta i prometa robe, 18.9.1968, AJ 130-731-1187.

<sup>59</sup> Plumpe, Werner (2009): Korruption. Annäherung an ein historisches und gesellschaftliches Phänomen. In: Jens Ivo Engels, Andreas Fahrmeir, Alexander Nützenadel (Hg.): *Geld, Geschenke, Politik*. München: Oldenbourg (Historische Zeitschrift: Beiheft, N.F. 48), S. 19-47, hier S. 36.

likorganisation des SSRN vermerkte in einem Bericht von 1977, bei ihr seien zwischen Januar 1976 und Juni 1977 insgesamt 108 Klagen mit mehr als 700 Unterschriften eingegangen. An erster Stelle standen dabei Beschwerden über „Willkür und Usurpation von Selbstverwaltungsrechten“. Ein wichtiger Schwerpunkt war die Wasserversorgung, für deren Einrichtung die Bürger vielerorts zur Kasse gebeten und nach eigener Ansicht von den ausführenden Behörden und Unternehmen betrogen wurden: „Groß ist die Empörung der Kläger gegen verschiedene Manipulationen oder, gelinde gesagt, mangelnder Rechenschaftslegung über die Verwendung der Mittel, die in Form von Eigenbeiträgen der Bürger eingesammelt worden sind.“ Viele Klagen bezogen sich auf „Beziehungen und Nepotismus, wie auf die Intervention einzelner Personen, meistens Träger öffentlicher Funktionen im Rahmen der gesellschaftlich-politischen Gemeinschaft. [...] Wir schließen mit einem besonders häufigen Satz der Beschwerdeführer: ‚Ich bin arm, ich habe keine Verwandten an der Macht oder einflussreiche Freunde, ich werde kaum jemals eine Arbeit finden.‘“<sup>60</sup>

Der Sozialistische Bund war sich uneinig über die Schlüsse, die die Bürger aus ihrer Realität zogen. In dem oben zitierten Bericht heißt es, die Menschen wollten vor allem klare Regeln, und zwar auch dann, wenn diese Regeln nicht zu ihrem Vorteil seien: „Die werktätige Bevölkerung und die Bürger warten geduldig auf eine Entscheidung, wo es Selbstverwaltungsvereinbarungen oder normative Akte über die Verteilung von Wohnungen gibt. Aber sie reagieren scharf, wenn die Maßstäbe und Bedingungen der Zuteilung nicht in Einklang mit dem Gesetz sind, oder wenn das Verfahren zur Aufstellung einer Rangliste nicht präzise festgelegt ist.“<sup>61</sup>

Aus dieser Analyse würde sich ergeben, dass Korruption in erster Linie ein Problem der Elite und des gesellschaftlichen Überbaus war, sich aber nicht aus den Wünschen und den Werten der Bevölkerung ergab. Der Sozialistische Bund produzierte allerdings auch Berichte, in denen ein gegenteiliger Schluss nahegelegt wird. So beklagte sich die Gemeindeorganisation des SSRN in der südwestserbischen Kleinstadt Priboj 1976 über Egoismus, Streitlust, Hass zwischen Nachbarn, vor allem aber über einen fehlenden Sinn für das Gemeinwohl bei einem Teil der Bevölkerung. Auf Gesetze berufe man sich nur, solange es einem nütze, sonst aber erwarte man das Gegenteil: „Wenn es um die Ausgabe von Bescheinigungen und andere Angelegenheiten geht, verlangt man von den zuständigen Behörden und Diensten den Bruch von Gesetzen und Verordnungen. Und wenn man mit solchen Forderungen nicht durchkommt, kritisiert man die Dienststellen. Wollen wir die Vorschriften durchsetzen, dann drohen sie und widersetzen sich auch physisch.“ Als konkrete Problembereiche nannte der Bericht Vandalismus an Bussen und Fassaden, Beschimpfung und Bedrohung von Busfahrern, haltlose Denunziation von Nachbarn, verschiedene Formen des Betrugs gegenüber dem Staat (Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, Erschleichung von Sozialleistungen, unter anderem durch falsche Angaben über die Einkommenssituation, fiktive Haushaltsteilungen und Scheidungen usw.) – „und das alles tun Einzelne ohne Gewissensbisse, dass sie auf diese Weise die Rechte Anderer verletzen, die geduldig warten, bis sie an der Reihe sind mit

---

<sup>60</sup> Izveštaj o radu Komisije predsedništva RK SSRN Srbije za predstavke i žalbe u periodu januar 1976 - jun 1977 godine, 22.09.1977, AS Đ-75, k. 298.

<sup>61</sup> Ebd., S. 12. Zu einem ähnlichen Schluss kommen auch andere Dokumente, vgl. Zaključci Izvršnog komiteta Predsedništva CK SKJ o aktuelnim zadacima članova, organizacija i rukovodstava Saveza komunista na rešavanju prdloga, predstavki i žalbi, undatiert, ca. 1974-1977, AS Đ-75, k. 298.

einer Anstellung, einer Wohnung, einer Hilfe oder irgendeinem anderen Recht.“ Während die meisten Problemfelder typisch modern waren und stark an Klagen aus heutigen westlichen Großstädten erinnern, gab es ein weiteres wichtiges Feld, auf dem es schon im Serbien des 19. Jahrhunderts und in der Zwischenkriegszeit massenhafte Delinquenz gegeben hatte: Grundbesitz. „[...] seit dem Krieg sind hunderte Hektar öffentlichen Landes usurpiert worden, vor allem Wälder. In letzter Zeit werden häufig Grundstücke in urbanisierten Gebieten und am Stadtrand besetzt. [...] Bei einer bedeutenden Anzahl von Bürgern gibt es die Auffassung, dass alles gesellschaftliche Eigentum eigentlich keinen Besitzer habe und man es daher mitnehmen und benutzen kann – und wenn nicht, ruiniert man es wenigstens.“<sup>62</sup>

Angesichts der widersprüchlichen Quellen lässt sich also kaum pauschal sagen, welche Wirkung der Sozialismus auf die Gemeinwohlvorstellungen hatte. Selbst der letztgenannte, äußerst pessimistische Bericht enthält Passagen, die auf Gegenbeispiele verweisen. So wurden einige Dörfer bei Priboj gelobt, wo eine Anleihe zum Bau des Autobahn Belgrad-Niš besonders viel Geld erbracht hatte. Die Autoren erklärten den Unterschied mit einem denkbar allgemeinen Grund: Hier setzten sich die Menschen für das Gemeinwohl ein, weil sie „in Eintracht und gutnachbarschaftlichem Verständnis leben.“<sup>63</sup> Implizit war hier offenbar eine Dorfidylle gemeint, die sich positiv von den missratenen Verhältnissen in der nahen Kleinstadt abhoben – ein in Südosteuropa wohlbekannter Topos, der aber zumindest in dieser Form keine vollwertige Erklärung ist.

Wie soziale Entwicklung, Gemeinwohlvorstellungen und Korruption tatsächlich miteinander zusammenhängen, konnte ich hier nur skizzieren. Für ein detaillierteres Bild muss weiter geforscht werden. Dabei sollten, neben der hier favorisierten Diskurs- und Mikroebene, auch Makro-Aspekte berücksichtigt werden – wie etwa die Besonderheiten und Konsequenzen der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung und die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Korruption.

---

<sup>62</sup> Opštinska Konferencija SSRN Priboj: Analiza o postupcima i ponašanjima pojedinih građana u ostvarivanju prava i obaveza, Dezember 1976 (AS Đ-75, k. 298).

<sup>63</sup> Ebd., S. 11.

## Literaturverzeichnis

- Buchenau, Klaus (2013): Korruption im ersten Jugoslawien (1918-1941). Eine Skizze zu Diskurs und Praxis. In: Südost-Forschungen 72, S. 130-164.
- Kanzleiter, Boris (2011): Die „Rote Universität“. Studentenbewegung und Linksopposition in Belgrad 1964 - 1975. Hamburg: VSA Verlag.
- Newman, John Paul (2014): Yugoslavia in the Shadow of the Great War: War Veterans and the Limits of South Slav State Building 1918-1941. Cambridge: Cambridge University Press, erscheint 2015.
- Olson, Mancur (2002): Macht und Wohlstand. Kommunistischen und kapitalistischen Diktaturen entwachsen. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Plumpe, Werner (2009): Korruption. Annäherung an ein historisches und gesellschaftliches Phänomen. In: Jens Ivo Engels, Andreas Fahrmeir, Alexander Nützenadel (Hg.): Geld, Geschenke, Politik. München: Oldenbourg (Historische Zeitschrift: Beiheft, N.F. 48), S. 19-47.
- Sundhaussen, Holm (2012): Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen. Wien u.a.: Böhlau.
- Volkov, Vadim (2002): Violent entrepreneurs. The use of force in the making of Russian capitalism. Ithaca: Cornell University Press.
- Von Halem, Friedrich (2003): Eine Skizze über Gesetz und Wertordnung in Ost und West: Von der Antike bis zur Moderne. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 7 (1), S. 15-51.
- Wagner, Patrick (2005): Bauern, Junker und Beamte. Lokale Herrschaft und Partizipation im Ostelbien des 19. Jahrhunderts. Göttingen: Wallstein-Verlag.
- Weber, Max (1922): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: Mohr.

## Quellenverzeichnis

- AJ 837, KMJ II-8/5.
- AJ, Fonds 507, VIII: Ideološka komisija; XIII: Komisija za razvoj i kadrovsku politiku. [VIII: Ideologische Kommission; XIII: Kommission für Entwicklung und Kaderpolitik]
- Akte Čepić in AS, Đ-2, k. 4.
- Akte Pokimica in AS, Đ-2, k. 89, f. 111.
- AS Đ-2, k. 4.
- AS Đ-2, k. 89.
- AS, Đ-2, k.4.
- Brief Mirko Čakovans an Tito, 10.10.1966, AS Đ-2, k. 2.
- Das jugoslawische Strafgesetzbuch vom 2. März 1951. In deutscher Übertragung mit einer Einführung von Dr. August Munda. Berlin 1952.
- Diskusija o materijalu za referat za Plenum CK SOJ [Diskussion über das Material für das Referat auf dem Plenum des Zentralkomitees des SOJ [Bund der Jugend Jugoslawiens]], 21.11.1963 (AJ 507-39, V-4a/4).
- Đorđe Pevac, AS Đ-2, k. 89, f. 101.
- Informacija o kadrovskim problemima koji su tretirani na republičkim kongresima Saveza komunista [Information über Kaderprobleme, die auf den Republikkongressen des Bundes der Kommunisten behandelt wurden], 6.10.1959, S. 5f. (AJ 507, XIII, K-7/4).
- Informacija o ocenjivanju javnih službenika [Information über die Bewertung öffentlicher Bediensteter], 01.06.1959, S. 3 (AJ 507, XIII, K-7/4).

- Informacija u vezi broda „Cavtat“ [Information im Zusammenhang mit dem Schiff „Cavtat“], 09.03.1970, AJ 130-731-1187.
- Izveštaj o radu Komisije predsedništva RK SSRN Srbije za predstavke i žalbe u periodu januar 1976 - jun 1977 godine [Bericht über die Arbeit der Kommission des Präsidiums der RK SSRN [Republikskommission des Sozialistischen Bundes des werktätigen Volkes Serbiens] für Eingaben und Beschwerden im Zeitraum von Januar 1976 bis Juni 1977], 22.09.1977 (AS Đ-75, k. 298).
- Izveštaj Radne Grupe Izvršnog Komiteta Predsedništva CK SKS o problemima nastalim u ostarivanju akcije „Vrh“ [Bericht der Arbeitsgruppe des Exekutivkomitees des Präsidiums des CK SKS [Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten Serbiens] über Probleme, die bei der Realisierung der Aktion „Vrh“ entstanden sind]. Belgrad, Oktober 1975 (AS Đ-2, k. 89, f. 104).
- Jakov Popović, AS Đ-2, k. 89, f. 105.
- Krivična dela protiv lične i privatne imovine [Straftaten gegen das persönliche und private Eigentum] (1946), S. 4 (AJ 49-26).
- Krivični zakon Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije [Strafgesetzbuch der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien]. Zagreb 1982.
- Nacrt za Zakon o krivičnim delima protiv narodne privrede [Entwurf des Gesetzes über Straftaten gegen die Volkswirtschaft], AJ 49-26.
- Neki aktuelni problemi iz oblasti tržišta i prometa robe [Einige aktuelle Probleme aus dem Bereich des Marktes und des Warenverkehrs], 18.09.1968, AJ 130-731-1187.
- O nekim pojavama nedozvoljenog sporazumevanja, špekulacije u prometu robe i nelojalne utakmice [Über einige Erscheinungen unerlaubter Absprachen, Spekulation im Warenverkehr und unlauteren Wettbewerbs], AJ, 12.5.1970, AJ 130-731-1187.
- Opštinska Konferencija SSRN Priboj: Analiza o postupcima i ponašanjima pojedinih građana u ostvarivanju prava i obaveza [Gemeindekonferenz des SSRN [Sozialistischer Bund des werktätigen Volkes] Priboj: Analyse der Handlungen und Verhaltensweisen einiger Bürger bei der Verwirklichung von Rechten und Pflichten], Dezember 1976 (AS Đ-75, k. 298).
- Osnovni zakon o prometu robe [Grundgesetz über den Warenverkehr]. In: Službeni list 23 (1967) 1, S. 11-16.
- Otvoreno pismo drugu Titu [Offener Brief an den Genossen Tito], undatiert, Fotokopie (AS, Đ-2, k.4).
- Predsedniku privrednog veća Savezne skupštine [An den Vorsitzenden des Wirtschaftsrates des Bundesparlaments], 01.06.1970, AJ 130-731-1187.
- Prikaz Informacije Saveznog javnog tužilaštva o krivičnim postupcima protiv zapovednika i drugih lica zbog nedozvoljene trgovine stranim cigaretama [Wiedergabe der Information der Bundesstaatsanwaltschaft über die strafbaren Handlungen gegen Befehlshaber und andere Personen wegen des unerlaubten Handels mit ausländischen Zigaretten ], 21.05.1970, AJ 130-731-1187.
- Primena konkursa u javnoj službi [Anwendung von Ausschreibungen im öffentlichen Dienst], 01.06.1959, AJ 507, XIII, K-7-4.
- Rade Aleksić, Milan Ateljević: Zapažanja o stanju i radu organizacije Saveza komunista u Ivangradskoj i Cetinjskoj opštini [Bemerkungen über den Zustand und die Arbeit des Bundes der Kommunisten in den Gemeinden Ivangrad und Cetinje], 01.12.1961 (AJ 507, VIII, K-21: II/4-a-45).
- Savez boraca Narodnooslobodilačkog rata Jugoslavije (Hg.) (1960): Rights of war veterans and their organizations in Yugoslavia. Beograd: Union of Veterans of the People's Liberation War.
- Sednica komisije za razvoj SKJ i kadrovsku politiku, Beograd, 11.06.1976 [Sitzung der Kommission für Entwicklung des SKJ [Bund der Kommunisten Jugoslawiens] und Kaderpolitik, Belgrad, 11.06.1976], AJ 507, XXX, k. 22.

- Statistički pregled Saveza komunista Jugoslavije za 1971. godinu [Statistischer Überblick des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens für 1971], AJ 507, XIII, k-30/9.
- Statistički pregled Saveza komunista Jugoslavije za 1972. godinu, 01.12.1973 (AJ 507, XIII, k-30/12). s.o., für 1972.
- Statistički pregled Saveza komunista Jugoslavije za 1973. godinu, 01.08.1974 (AJ 507, XIII, k-30/13). s.o., für 1973.
- Statistički pregled Saveza komunista Jugoslavije za 1975. godinu, 01.12.1975 (AJ 507, XIII, k-30/17). s.o., für 1975.
- Stenografske beleške sa sastanka Komisije za kadrove CK SKJ održanog 01.04.1959 [Stenografische Notizen von der Sitzung der Kaderkommission des CK SKJ [Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens] abgehalten am 01.04.1959], 01.04.1959 (AJ 507, XIII, K-7/1-9).
- Stenografske beleške sa sastanka Komisije za kadrove CK SKJ, 29.06.1959 (AJ 507, XIII, K-7/4). (s.o.)
- Stenografske beleške sa sastanka radne grupe koja proučava teze „Komunisti u preduzeću“ [Stenografische Notizen von der Sitzung der Arbeitsgruppe, welche die Thesen über „Kommunisten im Unternehmen“ untersucht], AJ 507, VIII, k. 21: II/4-a-27.
- Transparency International (2014): FAQ. Häufige Fragen. Online verfügbar unter <http://www.transparency.de/FAQ-haeufige-Fragen.1088.0.html>, zuletzt abgerufen am 04.02.2015.
- Verfassung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Belgrad 1974.
- Zaključak u vezi zaplene broda „Cavtat“ [Schlussfolgerung über die Beschlagnahme des Schiffes „Cavtat“], 04.03.1970, AJ 130-731-1187.
- Zaključci izvršnog komiteta predsedništva CK SKJ o aktuelnim zadacima članova, organizacija i rukovodstava Saveza komunista na rešavanju prdloga, predstavki i žalbi [Schlussfolgerungen des Exekutivkomitees des Präsidiums des CK SKJ [Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens] über aktuelle Aufgaben der Mitglieder, Organisationen und Führungsinstanzen des Bundes der Kommunisten bei der Lösung von Vorschlägen, Eingaben und Beschwerden], undatiert, ca. 1974-1977, AS Đ-75, k. 298.
- Zakon o krivičnim delima protiv opštenarodne imovine i imovine zadružnih i drugih društvenih organizacija [Gesetz über die Straftaten gegen das allgemeine Volkseigentum und das Eigentum genossenschaftlicher und anderer gesellschaftlicher Organisationen]. In: Službeni list 4 (1948) 87, S. 1365-1366.
- Zakon o suzbijanju nedopuštene spekulacije i privredne sabotaze [Gesetz über die Bekämpfung der unerlaubten Spekulation und Wirtschaftssabotage]. In: Službeni list 1 (1945) 26, § 3 und 4.
- Zakon o suzbijanju nedopuštene trgovine, nedopuštene špekulacije i privredne sabotaze [Gesetz über die Bekämpfung unerlaubten Handels, unerlaubter Spekulation und Wirtschaftssabotage]. In: Službeni list 2 (1946) 56, § 4 und 6.
- Zakon o zaštiti narodnih dobara i njihovom upravljanju [Gesetz über die Verteidigung und Verwaltung des Volkseigentums]. In: Službeni list 1 (1945) 36, S. 296.
- Živa Kaluđerski, AS, Đ-2, k.4.